

sagte Genosse Novotný: „Der Vertrag ist das Ergebnis unserer Zusammenarbeit in der Nachkriegszeit und legt die Perspektiven ihrer Weiterentwicklung auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet fest; er bringt das Bestreben, den Frieden und die Sicherheit in Europa zu gewährleisten, zum Ausdruck.“

Eine breite Zusammenarbeit entfalten wir insbesondere auf wirtschaftlichem und wissenschaftlich-technischem Gebiet. Erfreulich ist die Entwicklung qualitativ höherer Formen dieser Zusammenarbeit. Etwa 20 Prozent des Gesamtumfangs der für das Jahr 1967 vorgesehenen gegenseitigen Warenlieferungen werden durch Kooperation und Spezialisierung der Produktion realisiert. In dieser Hinsicht haben wir noch weitere große Möglichkeiten. Diese müssen maximal ausgenutzt werden, wenn wir die neuen Aufgaben des sozialistischen Aufbaus und der wissenschaftlich-technischen Revolution lösen wollen. Das erfordert die intensive Entwicklung der sozialistischen Arbeitsteilung zwischen allen Ländern des sozialistischen Lagers.

Unsere beiden Länder haben ein Lebensinteresse an der Lösung der Fragen der europäischen Sicherheit. Hoch schätzen wir dabei die wichtige Rolle der DDR ein, die einen bedeutsamen Friedensfaktor in Europa darstellt und deren Existenz entscheidend für die weitere Entwicklung in Deutschland ist. Wir sind für die Schaffung einer solchen Lage in Europa, die es allen europäischen Staaten ermöglichen würde, ungeachtet ihrer Gesellschaftsordnung nebeneinander in Frieden zu leben.

Wir sind überzeugt, daß es Möglichkeiten zur Festigung des gegenseitigen Vertrauens und der Zusammenarbeit zwischen den Völkern der europäischen Länder gibt, die die imperialistische Konzeption des kalten Krieges und die mit ihr verbundenen künstlichen Schranken und Diskriminierungen zurückweisen. In völligem Widerspruch zu diesem Bestreben, in welchem die Wünsche breiter Schichten in Europa und des Volkes der deutschen Bundesrepublik selbst zum Ausdruck kommen, stehen die revancharistischen und militaristischen Bestrebungen des deutschen Imperialismus.

Die Sache des Friedens und der Sicherheit in Europa erfordert, die gegenwärtige Lage in Europa zu respektieren. Man kann nicht von Frieden reden und dabei die Nachkriegsgrenzen in Europa nicht anerkennen, einschließlich der Oder-Neiße-Grenze und der Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten, wie das die Bonner Regierung tut. Es ist notwendig, auf die völlig absurde Politik der Alleinvertretungsmaßnahme über das ge-